

E 207.0012412

Büro des Ministerpräsidenten  
Geschäftsstelle zur Leitung  
Klosterstraße 47  
Berlin  
1020  
Eing. Nr. 2656  
24. JULI 1990

Dachverband Stalinistisch Verfolgter  
Geschäftsstelle

Joh.-R.-Becher Str. 48  
Berlin 1100

5	25.7.1990	6452
Abt.		
Sch.		
17		

Post. 5  
Klempner

Berlin, 17.7.1990

Sekretariat Dr. Klepel

Eing.: 25. VII. 1990

Nr.: 1304 P. 25.7.90

Herr Scholz

An den  
Ministerpräsidenten der DDR  
Klosterstr. 47  
Berlin  
1020

✓ Herrin Gr. Melms  
28. a. d. d. d. d.

12.08.1  
2317

24.7.90

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident !

Die unterzeichneten Verbände und Gruppen vertreten die Interessen all jener Bürger der DDR, die vom Ende des 2. Weltkrieges bis 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone bzw der DDR unrechtmäßig verschleppt, interniert, verurteilt oder sonstwie geschädigt wurden.

Als unrechtmäßig verstehen wir die im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen erfolgten Verfolgungen Unschuldiger.

Von Anfang an haben wir aktiv an der Arbeit der Gesetzgebungskommission Rehabilitierung im Ministerium der Justiz mitgewirkt und glauben, daß der Entwurf des Rehabilitierungsgesetzes in seiner Fassung vom 28.6.90 eine gute Grundlage für die notwendige und schnelle Rehabilitierung aller Betroffenen darstellt.

Wir erfahren nun, daß im Ergebnis der 2. Lesung des Rehabilitierungsgesetzes am 4.7.90 im Ministerrat, zur 3. Lesung am 18.7.90 ein Text beraten und beschlossen werden soll, der die "Rehabilitierung von Bürgern, die von alliierten Besatzungsmächten oder deren Behörden inhaftiert oder anderweitig in Gewahrsam genommen wurden" nicht mehr enthält. (§ 1, Abs. 4 und der ganze 3. Abschnitt des genannten Entwurfes).

Mit allem Nachdruck möchten wir Bedenken gegen die Ausgrenzung der unschuldig Internierten, der grundlos Verschleppten und unrechtmäßig von Sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten anmelden.

Es handelt sich hierbei um den Personenkreis, der die längsten Strafen in den schwersten Jahren zu erdulden hatte.

Geschäftszeichen	
52 - 443 04	- Beh. 2/5/90
Vorgang nach Bearbeitung an Registrar	

Aus politischen wie menschlich-moralischen Gründen scheint uns daher dringend geboten, das Rehabilitierungsgesetz nicht in dieser restriktiven Fassung zu verabschieden.

Hochachtungsvoll !

*1. A. Zobelkner*

- Bund der Stalinistisch Verfolgten
- Vereinigung der Verfolgten des Stalinistischen Terrors
- Verband der politisch Verfolgten
- Interessengemeinschaft unrechtmäßig Verfolgter
- Interessengemeinschaft ehemaliger Häftlinge aus Workuta